

## **Resolution der syndicom-Delegiertenversammlung**

22. Juni 2019

### **Service public plus:**

#### **Die öffentlichen Dienste stärken, weiterentwickeln und ausdehnen**

Die Delegiertenversammlung der Gewerkschaft syndicom stellt fest:

- Der schleichende Abbau, die Deregulierung und die Privatisierung des Service public in der Schweiz gehen weiter. Durch zunehmend ungerechte Steuersysteme in den Kantonen und entsprechende Zwangssparhaushalte werden die öffentlichen Dienste ausgehungert. Das ist die Zerstörung von Allgemeinbesitz, richtet sich gegen das Allgemeininteresse und gefährdet den sozialen Zusammenhalt.
- Bundesrat und Parlament haben es bisher unterlassen, für den digitalen Umbau angemessene digitale öffentliche Dienste zu schaffen. Sie überlassen die Digitalisierung allein den Konzernen und schliessen die Gesellschaft vom Mitgestalten der Digitalisierung aus. Das ist inakzeptabel; denn diese Politik führt zur digitalen Spaltung der Gesellschaft, vergrössert den Stadt-Land-Graben, gefährdet kleine und mittlere Unternehmen, verspielt zahlreiche Chancen der Digitalisierung und stellt einen Angriff auf Datenschutz, demokratische Grundrechte und elementare soziale Errungenschaften dar.

#### **Die Delegiertenversammlung der Gewerkschaft syndicom beschliesst deshalb folgende Forderungen:**

1. Der Abbau, die Deregulierung, die Privatisierungen und Auslagerungen öffentlicher Dienste müssen gestoppt werden.
2. Zum Service public gehört auch die Garantie der sozialen und rechtlichen Sicherheit. Deshalb müssen sämtliche Abbaumassnahmen bei den Sozialversicherungen und beim Arbeitsschutz (etwa Arbeitszeit) unterbunden werden.
3. Die öffentlichen Dienste müssen gestärkt und dort, wo sie den aktuellen Bedürfnissen der Gesellschaft nicht mehr genügen, weiterentwickelt und ausgedehnt werden. Als Prinzipien sollen dabei gelten:
  - Der Service public ist Allgemeinbesitz, kollektives Vermögen. Er wird von den Zielen soziale, wirtschaftliche und physische Sicherheit, menschliche Entwicklung, Chancengleichheit, Solidarität und vertiefte Demokratie geleitet.
  - Der Zugang zum öffentlichen Dienst ist ein Grundrecht. Er soll diskriminierungsfrei für alle hier lebenden Personen, im Prinzip gratis, auf jeden Fall niederschwellig (höchstens kostendeckend) und sozial gestaltet sein.
  - Der Service public muss kostentransparent sein und strebt keine Gewinne an. Seine Ausgestaltung und seine Dienste unterscheiden sich deutlich von den Gewinninteressen privater Unternehmen und enthalten umverteilende, solidarische Effekte. Fallen Gewinne an, werden sie für Investitionen in den Service public wiederverwendet.
  - Jeder Bereich des Service public muss der demokratischen Kontrolle unterliegen.
4. Im Service public müssen Löhne, Vertragsformen und Arbeitsbedingungen gelten, die soziale Massstäbe für die Schweiz setzen. Lohndumping durch Auslagerungen, Subunternehmer\*innen und Billiganbieter\*innen wird unterbunden.
5. Es wird ein digitaler Service public geschaffen. Er arbeitet im Sinne einer digitalen Allmende nach den Grundsätzen niederschwelliger Zugang, geteiltes Wissen und offene Systeme, Datenhoheit und Persönlichkeitsschutz, Datensicherheit, Regulierung der digitalen Wirtschaftsformen (wie etwa Plattformarbeit) sowie Vermeiden von digitaler Spaltung der Gesellschaft. Sein Ziel heisst «bester Nutzen für die Allgemeinheit».
6. Der Bund muss den Service public zu digitalen und zukunftsgerichteten Mehrwerten für die Allgemeinheit weiterentwickeln. Hierzu muss der Bund geeignete Gefässe schaffen (z.B. Denkfabriken).

7. Das Recht auf lebenslanges Lernen muss mit dem Ziel der Vollbeschäftigung in den Gesetzen und Gesamtarbeitsverträgen festgeschrieben werden. Die Berufsbildung muss sich laufend der technologischen Transformation anpassen und mehr Durchlässigkeit für Berufstätige aller Alterskategorien und Grundausbildungen schaffen.

**Die Delegiertenversammlung der Gewerkschaft syndicom überträgt der Geschäftsleitung die Aufgabe, darauf hinzuwirken, dass der Service public gestärkt, weiterentwickelt und ausgedehnt wird:** Die Chancen der Digitalisierung sollen genutzt werden, um digitale Mehrwerte für die Allgemeinheit zu schaffen. Hierzu soll die Geschäftsleitung von syndicom auf vier Ebenen aktiv werden: in den Betrieben, in der Politik, mit dem Bilden einer breiten gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Front für den Service public sowie in der Öffentlichkeit. syndicom soll dabei auch die Möglichkeit einer eidgenössischen Volksinitiative prüfen.

Bern, 22. Juni 2019